

1002. Sitzung des Bundesrates am 26. März 2021: Die wichtigsten Ergebnisse

Der Bundesrat hat in seiner 1002. Sitzung am 26. März 2021, 89 Tagesordnungspunkte behandelt. Hamburg war durch den Ersten Bürgermeister Dr. Tschentscher, Senatorin Gallina und Staatsrätin Möller vertreten.

Zum Ergebnis der Sitzung wird folgendes mitgeteilt:

A. Rückläufer aus dem VA

TOP 84 Gesetz zur Anpassung der Regelungen über die Bestandsdatenauskunft an die Vorgaben aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2020

Ziel des zustimmungspflichtigen Gesetzes ist es, den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2020 umzusetzen, mit dem die Übermittlungsbefugnis im Telemediengesetz und die Übermittlungsregelung für Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen des Telekommunikationsgesetzes, die die manuelle Bestandsdatenauskunft regeln, für verfassungswidrig erklärt wurde.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 12. Februar 2021 dem Gesetz nicht zugestimmt. Verfassungsrechtliche Bedenken wurden insbesondere hinsichtlich der im Gesetz vorgesehenen Eingriffsschwellen für die Auskunft von Bestands- und Nutzungsdaten geltend gemacht.

Die Bunderegierung hat daraufhin am 24. Februar 2021 den Vermittlungsausschuss angerufen.

Der Vermittlungsausschuss hat am 24. März 2021 getagt. Der Vermittlungsvorschlag sieht vor, dass zwei unterschiedliche Rechtsgrundlagen für die Auskunftsverfahren bei Bestands- und Nutzungsdaten geschaffen werden und die Voraussetzungen für die Beauskunftung enger gefasst und konkretisiert werden. So sind insbesondere Auskünfte zu Nutzungsdaten im repressiven Bereich nur für die Verfolgung von Straftaten, nicht jedoch für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten möglich. Außerdem wird klargestellt, dass nur bei Vorliegen einer bestimmten besonders schweren Straftat eine Passwortherausgabe in Betracht kommt. Auch die Herausgabe von Bestandsdaten muss für die Verfolgung besonders gewichtiger Ordnungswidrigkeiten erforderlich sein. Die Eingriffsschwelle für die Beauskunftung, die bisher als „Straftat von erheblicher Bedeutung“ normiert ist, wird durch die abschließende Aufzählung der zu schützenden Rechtsgüter konkretisiert.

Der Bundestag hat den Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses am 26. März 2021 bestätigt.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs dem so geänderten Gesetz zugestimmt.

B. Gesetzesbeschlüsse des Bundestages

TOP 1 Zweites Gesetz zur Änderung des **Jugendschutzgesetzes**

Mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetz wird eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD umgesetzt, nach der durch einen zeitgemäßen Jugendmedienschutz eine Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch einschlägige Inhalte sichergestellt werden soll. Ziel ist es, den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten sowie den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Daten zu gewährleisten und die Instrumente zur Stärkung der Medienkompetenz weiterzuentwickeln. Das Gesetz führt daher unter anderem das Konzept der Anbietervorsorge ein: Internetdienste müssen angemessene und wirksame Vorsorgemaßnahmen treffen, die Kinder und Jugendliche besonders vor Mobbing, sexualisierter Ansprache, Hassrede und Kostenfallen schützen.

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

Mit den Stimmen Hamburgs hat der Bundesrat eine begleitende Entschlie-ßung gefasst, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, das Gesetz vor der geplanten Evaluierung fortzuentwickeln und gemeinsam im konstruktiven Dialog mit den für den Jugendmedienschutz zuständigen Ländern einen modernen, konvergenten und kohärenten Regelungsrahmen für den Jugendmedienschutz zu schaffen.

TOP 6 Gesetz zur **Modernisierung des Personenbeförderungsrechts**

Mit dem zustimmungspflichtigen Gesetz soll das Personenbeförderungsrecht an aktuelle Entwicklungen wie dem Aufkommen von „On-Demand-Verkehren“ und „Ride-Sharing“ sowie an die zunehmende Etablierung digitaler Vermittlungsdienste angepasst werden. Kernstück der Novelle ist die Einführung zweier neuer Verkehrsformen – dem „Linienbedarfsverkehr“ für On-Demand-Mobilitätsdienste unter dem Dach des öffentlichen Personen-nahverkehrs (ÖPNV) sowie dem „gebündelten Bedarfsverkehr“ als neue Verkehrsform außerhalb des ÖPNV, bei dem eine Einzelsitzplatzvermietung ermöglicht wird, um Fahraufträge verschiedener Fahrgäste entlang ähnlicher Wegstrecken zu bündeln. Zudem wird für Unternehmer im Gelegenheitsverkehr und für Vermittler eine Pflicht zur Bereitstellung statischer und dynamischer Mobilitätsdaten eingeführt, die insbesondere Zwecken der Aufsicht und Kontrolle durch die zuständigen Behörden dient.

Der Bundesrat hat dem Gesetz mit den Stimmen Hamburgs zugestimmt. In einer begleitenden Entschlie-ßung fordert er die zeitnahe Vorlage einer Ausführungsverordnung zum neuen Fachkundenachweis. Zudem bittet er die Bundesregierung, die geltende Freistellungsverordnung zeitnah zu überar-beiten und dabei besonders die Entlastung ehrenamtlicher und sozialer Fahrdienste zu prüfen.

C. Initiativen der Länder

TOP 12 EntschlieÙung des Bundesrates - Nachhaltige Finanzierung von Energie- wende und Klimaschutz durch systematische **Reform der Abgaben und Umlagen im Energiesektor**

Für das Erreichen der Klimaschutzziele ist ein nachhaltiges und tragfähiges Energiesystem erforderlich. Das Ziel der EntschlieÙung von Schleswig-Holstein besteht daher darin, die Position des Zukunftsenergieträgers Strom zu stärken und die Regelungskomplexität des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes zu verringern, damit sich langfristig die Erneuerbare Energien in einem Marktsystem selbst finanzieren können. Dazu bedürfte es einer grundsätzlichen Überprüfung aller staatlichen Steuern, Abgaben, Umlagen und Gebühren im Energiesektor, mit dem Ziel, den Ausbau der klimaschonenden Technologien wirtschaftlich und netzdienlich voranzutreiben und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. So könne die Sektorkopplung angereizt und Wettbewerbsnachteile klimaschonender Technologien überwunden werden. Im bestehenden System ist Strom im Energiesektor trotz stetig steigender Anteile an erneuerbaren Energien am stärksten mit Steuern, Abgaben und Umlagen belastet, was zu einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit von elektrischen Anwendungen im Vergleich zu fossilen Energien führt. Gleichzeitig erschwert die derzeitige Finanzierungssituation Investitionen in den Ausbau von Klimaschutztechnologien und trägt durch den verteuerten Strom gegenüber anderen Energieträgern dazu bei, dass der Strompreis einen Teil seiner Lenkungs- und Anreizfunktion für den effizienten Einsatz und Erzeugung von Strom verliert.

Hamburg unterstützt die mit der EntschlieÙung formulierte Anpassung, die im Einklang mit den Planungen eines Elektrolyseurs mit 100 Megawatt Leistung auf dem Gelände des stillgelegten Kohlekraftwerks Moorburg steht. Dieser soll zukünftig grünen Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien erzeugen.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs die EntschlieÙung gefasst.

TOP 80 Entwurf eines Gesetzes zur **Stärkung der Gerichte in Wirtschaftsstreitigkeiten**

Mit der Gesetzesinitiative der Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg wird den Ländern die Möglichkeit eröffnet, an einem Oberlandesgericht einen oder mehrere Senate einzurichten, vor denen Handelsverfahren mit internationalem Bezug und einem Streitwert von über zwei Millionen Euro auch erstinstanzlich geführt werden können („Commercial Court“). Hierbei muss gewährleistet sein, dass das Verfahren vor dem Commercial auch auf Englisch geführt werden kann.

Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf federführend in den Rechtsausschuss und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

D. Gesetzentwürfe der Bundesregierung

TOP 13 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur **ausdrücklichen Verankerung der Kinderrechte**

Mit dem Gesetzentwurf, der dem Bundesrat zur Stellungnahme vorlag, sollen die Grundrechte von Kindern im Text des Grundgesetzes besser sichtbar gemacht werden. Kindesspezifische Aspekte wie das Kindeswohlprinzip und das Anhörungsrecht des Kindes sollen im Verfassungstext betont und dadurch die Rechtstellung von Kindern und Familien unterstrichen werden. Ein Kernanliegen dieser Grundgesetzänderung ist es, das Elternrecht und die Elternverantwortung nicht zu beschränken.

Der Bundesrat hat eine Stellungnahme nicht beschlossen. Hamburg hatte sich vergeblich dafür eingesetzt, dass statt einer angemessenen eine wesentliche Berücksichtigung des Kindeswohls erfolgt, wie sie auch die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen vorsieht, sowie ein Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei sie betreffenden Angelegenheiten festgeschrieben wird.

TOP 14 Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie zur landesrechtlichen Bestimmung der Träger der Sozialhilfe (Teilhabestärkungsgesetz**)**

Der zustimmungspflichtige Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, durch verschiedene Maßnahmen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu stärken und ihre Inklusion voranzutreiben. Er sieht eine umfassende Neuregelung der Trägerbestimmung vor, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Juli 2020 Teile des kommunalen Bildungspakets im Sozialgesetzbuch XII für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt hatte. Dem Urteil zufolge erweiterten einzelne Regelungen die den örtlichen Trägern der Sozialhilfe zugewiesenen Aufgaben in unzulässiger Weise. Darüber hinaus wird das Budget für Ausbildung ausgeweitet, dadurch verbessern sich die Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen, eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einzugehen. Auch die Regelung zur Leistungsberechtigung in der Eingliederungshilfe wird, orientiert an den Begrifflichkeiten der UN-Behindertenrechtskonvention, neu gefasst und der Geltungsbereich des Behindertengleichstellungsgesetzes hinsichtlich der Assistenzhunde ausgeweitet. Außerdem wird die sog. „Digitale Gesundheitsanwendung“ in den Leistungskatalog der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation aufgenommen.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen. Die Länder fordern unter anderem einen Ausgleich für den Erfüllungsaufwand für Leistungen für Bedarfe für Bildung und Teilhabe durch den Bund, eine verbesserte finanzielle und personelle Ausstattung der Jobcenter und Leistungen nach dem Opferentschädigungsrecht für durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers verübte Gewalttaten. Außerdem wird die Aufnahme von Assistenzhunden in das Hilfsmittelverzeichnis durch den GKV-Spitzenverband gefordert.

TOP 18

Entwurf eines Gesetzes zur europäischen Vernetzung der Transparenzregister und zur Umsetzung der Richtlinie 2019/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Nutzung von Finanzinformationen für die Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen schweren Straftaten (**Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz**)

Der nicht zustimmungspflichtige Gesetzentwurf dient der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben auf dem Gebiet der Geldwäschebekämpfung. Das Vorhaben soll die Voraussetzungen für die in der Geldwäscherichtlinie bis zum 10. März 2021 vorgeschriebene Vernetzung der Transparenzregister auf EU-Ebene schaffen. Bislang handelt es sich beim deutschen Transparenzregister um ein sog. Auffangregister, das in der Regel lediglich auf andere Register (Handels-, Genossenschafts- oder Partnerschaftsregister) verweist. Für einen Großteil der deutschen Gesellschaften besteht daher im Transparenzregister selbst kein strukturierter Datensatz in einem einheitlichen Datenformat. Durch die geplanten Gesetzesänderungen sollen Gesellschaften, die bislang ihre wirtschaftlich Berechtigten nicht an das Transparenzregister direkt zu melden hatten, hierzu verpflichtet werden. Diese Meldepflicht wird durch eine entsprechende Bußgeldvorschrift flankiert.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme abgegeben. So wird die Bundesregierung gebeten, Alternativen zur Reduzierung der bürokratischen Hürden zu prüfen und zu klären, ob bei Eintragungen in das Transparenzregister eine behördliche Überprüfung ähnlich wie bei Eintragungen im Handelsregister erfolgen könnte. Ferner sollen Finanzunternehmen in den Zuständigkeitsbereich derjenigen Aufsichtsbehörde überführt werden, die über die Ressourcen für das Erkennen geldwäscherechtlich relevanter Sachverhalte im Finanzsektor verfügt.

TOP 29

Entwurf eines Gesetzes zur **Anpassung des Urheberrechts** an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarktes

Der nicht zustimmungspflichtige Gesetzentwurf dient insbesondere der Umsetzung der Richtlinie der Europäischen Union über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt in nationales Recht. Dazu werden das bestehende Urhebergesetz sowie das Verwertungsgesellschaftengesetz (VGG) geändert und ein neues Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz neu eingeführt. Mit dem Entwurf soll der Upload von Inhalten, an denen der Nutzer keine hinreichenden Rechte hat, möglichst verhindert und bereits hochgeladene Inhalte wieder entfernt werden. Bestimmte Plattformen, die ihren Nutzern den massenhaften Upload von Inhalten ermöglichen, sollen dafür verantwortlich sein, wenn besagte Nutzer urheberrechtlich geschützte Werke hochladen. Die Plattformbetreiber werden verpflichtet, Lizenzen für die öffentliche Wiedergabe solcher Werke zu erwerben. Gleichzeitig soll die Kommunikations- und Meinungsfreiheit im Internet gewahrt werden. Der Entwurf geht davon aus, dass ein sogenanntes „over-blocking“ primär durch Upload-Filter, also dass Beiträge in den sozialen Medien in Zukunft automatisiert gefiltert und blockiert würden, zu verhindern sein wird. Zum Schutz der Kunstfreiheit und der sozialen Kommunikation erlaubt der Entwurf die Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke insbesondere zu den Zwecken von Zitat, Karikatur, Parodie und Pastiche.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs eine Stellungnahme beschlossen. Darin bittet der Bundesrat um Klarstellung, dass das Zweitveröffentlichungsrecht auch für das wissenschaftliche Personal an öffentlichen Hochschulen gilt. Nutzungsvorbehalte zulasten des kommerziellen Text und Data Mining sollten nur dann wirksam sein, wenn sie auch tatsächlich beachtet werden können. Es soll geprüft werden, ob die Kopiergeräteabgabe auf Vervielfältigungsergebnisse in digitaler Form erweitert werden sollte. Erleichterte, den digitalen Methoden angepasste Erlaubnisse für den Zugang zu Schulfunksendungen werden angeregt. Die Schranke zur Bereitstellung von Medien durch die Bibliotheken soll analog der Schranke zur Nutzung von Medien für Forschung und Lehre erhöht werden. Ferner wird Kritik an der ausschließlichen Zuweisung der Vergütungsansprüche an Verwertungsgesellschaften für die öffentliche Wiedergabe urheberrechtlich geschützter Werke verbunden mit der Forderung um eine Öffnung der einschlägigen Regelungen geäußert.

TOP 37 Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des **Bundesnaturschutzgesetzes**

Im September 2019 hatte die Bundesregierung ihr „Aktionsprogramm Insektenschutz“ beschlossen, mit dem Anspruch, den besorgniserregenden Schwund der Insektenpopulationen und den Verlust von Insektenarten zu stoppen. Der nicht zustimmungspflichtige Gesetzentwurf ist ein erster Schritt zur Umsetzung dieses Programms, als weitere sind Änderungen der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung und des Wasserhaushaltsgesetzes angekündigt. Mit den Änderungen im Naturschutzgesetz will die Bundesregierung einige wesentliche Ursachen des Insektensterbens angehen: die intensive Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, den Verlust von Blühpflanzenvielfalt und die Lichtverschmutzung in und um Siedlungen. Zugleich sollen aber auch die Interessen der heutigen Agrarwirtschaft Berücksichtigung finden. Artenreiches Grünland, Streuobstwiesen, Steinriegel und Trockenmauern sollen künftig als zusätzliche Biotoptypen gesetzlich geschützt werden. Der Gesetzentwurf verbietet den Einsatz gewisser Schädlingsvernichtungsmittel in bestimmten Schutzgebieten; in als ökologisch besonders sensibel ausgewiesenen Bereichen wie Naturschutzgebieten, Nationalparks und gesetzlich geschützten Biotopen würden damit strengere Vorgaben für den Insektenschutz gelten. Um die schädlichen Auswirkungen von Lichtverschmutzung auf Insekten einzudämmen, ist in Naturschutzgebieten ein grundsätzliches Verbot für neue Straßenbeleuchtungen und für leuchtende Werbeanlagen geplant. Außerdem soll es künftig möglich sein, den Betrieb von so genannten Skybeamern zu beschränken und Insektenfallen durch künstliche Lichtquellen zu verbieten.

Der Bundesrat hat zum Gesetzentwurf teilweise mit den Stimmen Hamburgs umfassend Stellung genommen und dabei zunächst seine Sicht des Problems dargelegt. Der Verlust der Artenvielfalt gelte neben dem Klimawandel zurecht als zweite globale Krise existenziellen Ausmaßes, dabei seien die Ursachen vielfältig und reichten vom Verlust von Lebensraum und Strukturen in der Landschaft, über die Klimaveränderungen, Stoffeinträge aus der Industrie, intensive Landnutzung und Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bis zu den Verkehrsinfrastrukturen. Der größte Teil unserer Arten sei abhängig von der historischen, extensiv bewirtschafteten Kulturlandschaft, die daher in ihrer Vielfalt erhalten oder wiederbelebt werden müsse. Daneben verlangt der Bundesrat eine Reihe von Verbesserungen am Gesetzentwurf. Siche-

rung und Förderung der biologischen Vielfalt sollten ausdrücklich in den Zielkatalog der Landschaftsplanung aufgenommen werden und über Bundesrecht hinausgehende Schutzvorschriften des Landesrechts müssten Bestand haben. Nicht zuletzt sollten die Sanktionsmöglichkeiten für Naturschutzverstöße erheblich geschärft werden durch die Erweiterung des Bußgeldrahmens und die Möglichkeit, gegen Unternehmen umsatzabhängige Geldbußen zu verhängen.

TOP 50

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des **Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre** in der Telekommunikation und bei Telemedien

Mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf soll eine geschlossene und von den Bestimmungen des Telemediengesetzes und des Telekommunikationsgesetzes getrennte gesetzliche Regelung zum Datenschutz und zum Schutz der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien geschaffen werden. Ziel ist es, die Datenschutzbestimmungen an die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) anzupassen und die Regelung zum Schutz der Privatsphäre in Einklang mit der ePrivacy-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Das derzeitige Nebeneinander der DSGVO, des Telemediengesetzes und des Telekommunikationsgesetzes führt nach Darstellung der Bundesregierung zu Rechtsunsicherheiten bei Verbrauchern, die Telemedien und Telekommunikationsdienste nutzen, bei Anbietern von diesen Diensten und bei den Aufsichtsbehörden. Der Gesetzentwurf soll daher für Rechtsklarheit sorgen und einen wirksamen Datenschutz und Schutz der Privatsphäre der Endnutzer gewährleisten. Die Aufsicht über die Datenschutzbestimmungen des Telekommunikationsgesetzes bei der geschäftsmäßigen Erbringung von Telekommunikationsdiensten soll zukünftig durch den Bundesbeauftragten oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit als unabhängiger Datenschutzaufsichtsbehörde erfolgen.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen. Unter anderem sollen für die Datenverarbeitung bei der Bereitstellung von Telemedien abweichende Regelungen geschaffen werden können und eine Anpassung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern stattfinden, die sich an der Verteilung nach dem allgemeinen Datenschutzrecht orientiert. Ferner wird festgestellt, dass insbesondere bzgl. der Setzung von Cookies viele Rechtsfragen ungeklärt seien. Die Einwilligung in die Speicherung von Informationen in der Endeinrichtung des Endnutzers oder in den Zugriff auf Informationen, die bereits in der Endeinrichtung gespeichert sind, wie auch die entsprechende Ablehnung seien so zu gestalten, dass der Nutzer seine Einwilligung oder seine Ablehnung durch Nutzung von Schaltflächen, die gut lesbar mit nichts anderem als den Wörtern „Einwilligung“ und „Ablehnung“ beschriftet sind, erklären kann. Ergänzend wird die Bundesregierung gebeten, sich auf europäischer Ebene für eine rechtssichere und nutzerfreundliche Ausgestaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben einzusetzen.

E Verordnung der Bundesregierung

TOP 75 Verordnung zur Neufassung der Verordnung über **Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen** und zur Änderung der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen

Mit dem Vorhaben werden die 13. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - BImSchV und die 17. BImSchV geändert. Anlass der Änderung ist die Umsetzung von zwei EU-Durchführungsbeschlüssen betreffend beste verfügbare Techniken für Großfeuerungsanlagen und zur Herstellung von organischen Grundchemikalien. Die Verordnung trifft Vorgaben für Großkraftwerke zur Erzeugung von Energie (Feuerungsanlagen ab 50 Megawatt (MW), mit Einsatzbrennstoffen aus Stein-, Braunkohle, Gas und neu auch Dieselöl) und für große Feuerungsanlagen, die für andere Produktionen zur Erzeugung von Wärme oder Dampf notwendig sind, sowie für entsprechend große Anlagen, die Abfälle verbrennen oder mitverbrennen. Zugleich wird die Struktur der geltenden 13. BImSchV grundlegend verändert: Die Verordnung erhält nunmehr einen allgemeinen Teil und anlagenspezifische Abschnitte. Zudem wird geregelt, dass für neue Stromerzeugungsanlagen bis zu 300 MW oder bei wesentlichen Erweiterungen oder Änderung solcher Anlagen im Grundsatz sichergestellt ist, dass sie mit einer Anlage zur Abtrennung und dem Transport von Kohlendioxid nachrüstbar sind und Gas- und Dampfturbinen im Regelfall mit einer Kraft-Wärme-Kopplung versehen werden müssen. Die Anpassungen von Grenzwerten und Messpflichten erfolgen insoweit auch in der 17. BImSchV, sofern die Abfallverbrennungsanlagen feste Brennstoffe wie Kohle oder Biobrennstoffe benötigen und somit mitverbrennen.

Die Verordnung wurde von der Tagesordnung abgesetzt.